

Spekulationen mit Nahrungsmitteln reglementieren

Grundnahrungsmittel müssen für arme Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern bezahlbar sein

Beschluss des Bundesvorstands der CDA Deutschlands vom 18.02.2011

Ausgangslage

Krisen markieren Wendepunkte, die Konsequenzen fordern. Die 2008 ausgebrochene größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg hat gezeigt, dass es zwingend eines festen internationalen Ordnungsrahmen für die Wirtschaft bedarf, um Chaos und Katastrophen zu vermeiden.

Unter einer unionsgeführten Bundesregierung wurden in Deutschland erfolgreich Gesetze zur Stabilisierung der Finanzmärkte eingeführt (z. B. Vergütungssysteme von Institutionen und Versicherungsunternehmen, Gesetz zu Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte, Bankenabgabe). Da in einer globalisierten Welt die Märkte international angelegt sind, ist internationales Denken und Handeln unabdingbar. Die deutsche Bundesregierung hat auf europäischer und internationaler Ebene entsprechende Initiative ergriffen. Die G-20 haben bei ihren Gipfeltreffen, zuletzt in Seoul (11.-12.11.2010), Vorschläge und Beschlüsse zur Verbesserung der Finanzmarktregulierung gefasst (z. B. Vorgaben für systemrelevante Finanzinstitute, Regeln für riskante Bankgeschäfte, höhere Eigenkapitalrücklagen der Banken, Mindestliquiditätsquoten für Banken, große Hedgefonds und Ratingagenturen müssen sich registrieren und ihre Geschäfte offenlegen). In vielen Entwicklungsländern hinterließ die Finanz- und Wirtschaftskrise tiefe Spuren bei den ohnehin in Armut und Hunger lebenden Bevölkerungsteilen. Folgerichtig standen daher auf dem G-20 Gipfel in Seoul, auf deutsch-koreanische Initiative hin, erstmals auch die Entwicklungszusammenarbeit und die Situation in den Entwicklungsländern auf der Tagesordnung. Doch dies kann nur ein Anfang sein.

Die Ursachen, warum Menschen in Entwicklungsländern an Hunger leiden und an Unterernährung sterben, sind vielfältig: Ernteausfälle durch Klimawandel und Unwetter, eine wachsende Weltbevölkerung, der Anbau von Bioenergieträgern anstelle von Nahrungsmitteln, Versalzung der Böden, Erosion- und Desertifikationsprozesse, etc.. Land und Nahrungsmittel sind knapp und am Bedarf knapper Güter versuchen sich Menschen zu bereichern. So haben eine zunehmende Anzahl von Finanzmarktakteuren mittlerweile den Nahrungsmittelmarkt entdeckt, um mit spekulativen Investitionen auf Nahrungsmittel schnelle Gewinne zu machen. Hier zeigt sich eindrücklich der Zusammenhang zwischen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Ernährungskrise:



- Kurzfristige und strategische Käufe und Verkäufe von Nahrungsmittelpapieren an Börsen, führen zu großen Preisschwankungen, mit welchen sich Spekulanten hohe Gewinne verschaffen. Gleichzeitig führen diese zu rasant wachsenden Preisen für Grundnahrungsmittel.
- Der Börsenpapierhandel trennt sich zunehmend vom realen Gütermarkt. Hedgefonds werden genutzt, um schnelle Gewinne zu erzielen. Originär haben diese an Warenterminbörsen die Funktion, gegen Verluste aus Preisschwankungen abzusichern und die Markttransparenz zu erhöhen. Diese Instrumente gehen verloren, wenn kein Kaufinteresse am Agrarprodukt hinter diesen Börsengeschäften liegt. Dies ist immer häufiger der Fall. Durch Spekulationen übersteigt der Börsenwert die Produktionsmenge oft um ein Vielfaches. Transparenz über das reale Angebot und die reale Nachfrage nach den Agrarprodukten ist nicht mehr gegeben, da in die Höhe getriebene Preise eine Warenknappheit anzeigen, wo möglicherweise keine herrscht.
- Verschärft wird die Situation dadurch, dass die Aussicht auf hohe Spekulationsgewinne zum Horten von Ernteerträgen verleitet. Das ohnehin knappe Nahrungsmittelangebot in Entwicklungsländern wird künstlich verknappt, damit es später gewinnbringend am Markt verkauft werden kann.

Dieses Vorgehen geht zulasten der über zwei Milliarden Menschen, die in Entwicklungsländern in absoluter Armut leben. Knapp eine Milliarde davon leidet an Hunger, etwa 37.000 Menschen sterben pro Tag an Unterernährung. Im krassen Gegensatz dazu stehen gut eine Milliarden Menschen mit Übergewicht oder Fettleibigkeit. Dies zeigt, dass heute nicht per se zu wenig Nahrung vorhanden ist. Vielmehr ist sie weltweit ungleich verteilt und mitunter für große Bevölkerungsteile unbezahlbar. Eine Verschärfung der Situation wird sich in zwei Jahrzehnten ergeben. Aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung und veränderten Ernährungsgewohnheiten (z. B. steigender Fleischverzehr in Indien) werden laut Prognosen weltweit rund 40 Prozent mehr Nahrungsmittel benötigt werden.

Nach Schätzungen wurden in den letzten zwei Jahren allein durch Spekulationen auf Grundnahrungsmitteln zusätzlich rund 160 Millionen Menschen in den Hunger getrieben. Spekulationen auf Nahrungsmittelpreise haben einen gewichtigen Anteil an dem seit 2007 zu beobachtenden Preisanstieg von bis zu 126 Prozent. Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) beziffert den Anteil der Spekulationsgewinne am weltweiten Preisanstieg der Grundnahrungsmittel auf 50 bis 60 Prozent; der Präsident der Weltbank, Robert Zoellnick, auf immerhin rund 37 Prozent.

Der ärmere Teil der Weltbevölkerung muss schon heute mitunter über 80 Prozent des Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben – zum Vergleich: in Deutschland sind



es 11-14 Prozent. Mit den steigenden Preisen bei Grundnahrungsmitteln, können viele Menschen ihren täglichen Bedarf an Nahrungsmitteln immer weniger sicherstellen. Wenn nicht gehandelt wird, wird die Schere zwischen unterernährten und übergewichtigen Menschen weiter auseinanderklaffen.

Forderungen

Die bisherigen internationalen Vereinbarungen genügen nicht, um Hunger und Elend in Entwicklungsländern einzudämmen. Die Lage der hungernden Menschen wird sogar immer dramatischer. Die Interessen der Entwicklungsländer müssen stärker in der internationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik Berücksichtigung finden. Um schädliche Auswirkungen eines unregulierten Finanz- und Wirtschaftsmarktgeschehens für die Bevölkerung in Entwicklungsländern zu begrenzen, sind die Industrienationen nicht nur gefordert, ein nachhaltiges Wachstum in diesen Ländern zu fördern. Vor allem sind sie gefordert, renditegetriebene Spekulationen auf Grundnahrungsmittel an den Börsen dringend zu regulieren, um den Hunger weltweit einzudämmen.

Es ist zu konstatieren, dass mittlerweile Leerverkäufe zwar weltweit teilweise strenger reglementiert und mitunter verboten wurden, weltweit einheitlich geltende Reglementierungen von Leerverkäufen fehlen jedoch. Auch der europäische Verordnungsvorschlag1 für Leerverkaufsregelungen legt überwiegend lediglich Transparenzrichtlinien und Meldevorschriften fest und ermöglicht daneben in Ausnahmesituationen am Kapitalmarkt, Leerverkäufe befristet zu beschränken oder zu untersagen. Was gänzlich fehlt sind Regulierungen des Nahrungsmittelmarktes an den Börsen. Mit verheerenden Folgen.

Die CDA fordert nachdrücklich:

Der Bekämpfung des Hungers noch mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen als der Vermeidung von Bankenpleiten. Für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung müssen mit den Maßnahmen gegen ein erneute Finanz- und Wirtschaftskrise auch Maßnahmen gegen eine mit steigenden Preisen einhergehende, Nahrungsmittelkrise erfolgen. Daher fordern wir die Staats- und Regierungschefs der G-20-Treffen auf, ein internationales Übereinkommen zugunsten der hungernden Bevölkerung zu finden.

¹ Auf europäischer Ebene wurden bislang keine Regeln für Leerverkäufe umgesetzt. Allerdings wurde von der Europäischen Kommission Mitte September 2010 ein Vorschlag für eine Verordnung über Leerverkaufe angenommen. Verhandlungen im Europäischen Parlament und Rat werden folgen. Wenn alles planmäßig verabschiedet wird, wird die Verordnung ab Juli 2012 gelten.



Spekulationen auf Nahrungsmittelmärkten konsequent international durch Gesetze und Richtlinien verhindern. Missbrauch ist zu unterbinden. Investoren dürfen nicht von steigenden Preisen profitieren, die gleichzeitig Millionen Menschen in den Hunger treiben. Renditegetriebene Spekulationen mit Grundnahrungsmittelpapieren, (z. B. Leerverkäufe, Termingeschäfte ohne echtes Warengeschäft dahinter) gilt es gänzlich zu verbieten. Ziel ist es, einerseits Spekulationen zulasten der armen Weltbevölkerung zu verhindern, indem überhöhte Preise für Grundnahrungsmittel abgewehrt werden und so ein (Teil-)Beitrag geleistet wird, den Nahrungsmittelbedarf der Ärmsten bezahlbar zu machen. Andererseits den Warenterminbörsen wieder ihre ursprüngliche Aufgabe zukommen zu lassen, das tatsächliche Nahrungsmittelangebot und die Nachfrage auf dem Markt widerzuspiegeln.

Kriterien für ein ethisches Investment dahingehend ausweiten, Portfoliospekulationen auf Nahrungsmittel auszuschließen. Ferner sind Schritte zu unternehmen, die das Bewusstsein für die Situation der ärmsten Menschen in der breiten Öffentlichkeit schärfen. Die Bevölkerung der Industrie- und Schwellenländer muss sich bewusst werden, dass ihr eigenes Konsumverhalten und ihr Lebensstil zur Verschlechterung, aber auch zur Reduzierung des Hungers in Entwicklungsländern beitragen kann.

(Agrar-)Rohstoffmärkte durch die Finanzaufsicht prüfen und bei zutage treten von Entgleisungen strenge Gegen- sowie Vorbeugungsmaßnahmen ergreifen.

Das Festhalten an dem im Jahr 2000 vereinbarten Millenniumentwicklungsziel, der Halbierung von Hunger und Armut bis 2015. Die Staats- und Regierungschefs müssen alle Kräfte einsetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Es gilt, die internationalen Finanzmärkte so zu organisieren, dass nicht mit extremen Preisentwicklungen von Nahrungsmitteln (v. a. Grundnahrungsmittel, wie Getreide, Mais und Reis) an der Börse Gewinne erzielt werden können, mit denen in unverantwortlicher Weise Nahrungsmittelpreise künstlich in die Höhe getrieben werden. Steigende Ernährungspreise gefährden die Nahrungsmittelsicherheit und verstärken folglich das Problem des Hungers zulasten der armen Weltbevölkerung. Da die Handelsmärkte und die 85 Warenterminbörsen weltweit verortet sind, ist ein international abgestimmtes Vorgehen mit weltweit geltenden und zielgerichteten Regulierungen des Finanzsektors unabdingbar.

Dazu reicht es nicht aus, wie bislang geschehen, Hedgefonds nur teilweise zu regulieren (z. B. bzgl. Staatsschuldentitel oder bestimmte Aktien zu verbieten) oder einer bloßen Aufsicht zu unterstellen. Nichtsdestoweniger ist es richtig, bestimmte Leerverkaufsverbote (z. B. CDS) nur solange aufrecht zu erhalten, bis sich die Märkte gefestigt haben und den Märkten wieder vertraut wird. Einige Verbote, beispielsweise für marktmanipulierende Leerverkäufe, und Reglementierungen müssen jedoch fortbestehen bzw. neu eingeführt werden. Denn hinter dem Handel



mit Nahrungsmittelpapieren stehen Waren, die Lebensgrundlage für viele Millionen Menschen bieten und nicht nur Aktien oder Immobilien.

Das völkerrechtlich verankerte Menschenrecht auf ausreichende Ernährung muss endlich verwirklicht werden. An Nahrungsmittelressourcen mangelt es schon heute nicht; jedoch an ihrer Verteilung aufgrund fehlender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verantwortung. Hier bedarf es eines angemessenen Ordnungsrahmens.

Der richtige Lösungsansatz liegt in den Regeln einer internationalen Sozialen Marktwirtschaft und damit zwischen dem Liberalismus und dem Sozialismus. Denn die Soziale Marktwirtschaft bietet einerseits Anreize für effizientes wirtschaftliches Handeln und nimmt andererseits soziale Verantwortung im ordnungspolitischen Rahmen wahr.

Fazit

Gerechtigkeit fordert ein über nationale Grenzen und Generationen hinaus wirksames Recht, das die Menschenwürde zur Geltung bringt. Der CDA geht es um die soziale Gerechtigkeit weltweit. Dazu gehört auch, dass alle Menschen dieser Erde ausreichend und bezahlbar Nahrungsmittel zur Verfügung stehen, um menschenwürdig leben zu können. Wenngleich die Ursachen für den Hunger und die ungleiche Verteilung der Nahrungsmittel vielfältig sind, gewinnt für die Bekämpfung des Hungers zunehmend Bedeutung, dass der Handel mit Nahrungsmittelpapieren an der Börse konsequent reguliert und rein renditegetriebenen Spekulationen Einhalt geboten wird.